

Diekmann, Gerhard	Ratsmitglied
Hoffmann, Gabriele	Ratsmitglied
Karp, Uwe	Ratsmitglied
Knülle, Marc	Ratsmitglied
Kok, Eugenie	Ratsmitglied
Mewes, Hannelore	Ratsmitglied
Nettesheim, Andreas	Ratsmitglied
Reese, Helga	Ratsmitglied
Schmitz-Porten, Gerhard	Ratsmitglied
Waldästl, Denis	Ratsmitglied

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Günther, Christian	Ratsmitglied
Metz, Martin	Ratsmitglied
Piéla, Günter	Ratsmitglied
Piéla-Jonda, Barbara	Ratsmitglied
Schulenburg, Monika	Ratsmitglied

FDP-Fraktion

Jung, Stefanie	Ratsmitglied (bis Ende ö. T.)
Kammel, Jürgen	3. stellv. Bürgermeister
Silber-Bonz, Anne-Katrin	Ratsmitglied
Züll, Wolfgang E.	Ratsmitglied

Fraktion AUFBRUCH!

Köhler, Wolfgang	Ratsmitglied
Schmidt, Carmen	Ratsmitglied

Fraktionslos

Austria-Zink, Günter	Ratsmitglied
----------------------	--------------

Protokollführer

Holland, Günther

Es fehlten entschuldigt:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Nonnen, Alfred	Ratsmitglied
----------------	--------------

FDP-Fraktion

Pütz, Jörg	Ratsmitglied
------------	--------------

Vertreter der Verwaltung:

Herr Lübken	Dez. III
Herr Gleß	Dez. IV
Herr Steinkamp	FB 1
Herr Müller	FD 1/10
Herr Rupp	FB 2
Frau May	FD 2/10
Herr Parpart	FB 4
Frau Clauß	FB 6
Herr Schmitz	FB 7
Herr Weiser	FB 9
Herr Kasper	BNU
Herr May	BRB
Frau Stocksiefen	BRB
Frau Fey	BRB
Herr van Grinsven	luK
Frau Eschelbach	RD
Herr Fey	RPA
Herr Neß	SD
Herr Bastian	WBF
Herr Tielke	ZV

Es wurden folgende Tagesordnungspunkte behandelt:

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand
-----	--------	---------------------

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 16.10.2013
3. Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 10.07.2013 gefassten Beschlüsse
4. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen
- 4.1. 13/0313 Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe gem. § 83 Abs. 2 GO NRW; hier: laufende Instandhaltung Gebäude und bauliche Anlagen
5. Bestätigung von Beschlussempfehlungen der Ausschüsse
Haupt- und Finanzausschuss vom 27.11.2013
- 5.1. 13/0304 Änderung des Stellenplanes
- 5.2. 13/0317 3. Änderung der Straßenreinigungssatzung und Änderung des Straßenreinigungsverzeichnisses zum 01.01.2014
- 5.3. 13/0320 Änderung der Friedhofsgebührensatzung
Haupt- und Finanzausschuss vom 11.12.2013
- 5.3.1. 13/0359 Haushaltssicherungskonzept 2014 – 2022; Resolution zum Rund-
erlass „Kredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte der Gemein-
den (GV)“ des Ministeriums für Inneres und Kommunales des
Landes Nordrhein-Westfalen.
CDU-Fraktion

Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss vom 19.11.2013

- 5.4. 13/0296 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 809 'An der Kleinbahn': Änderung Geltungsbereich, Zustimmung zum Vorentwurf und Beschluss der frühzeitigen Beteiligung

Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration vom 20.11.2013

- 5.5. 13/0301 Bestellung eines ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten

- 5.6. 13/0274 Jahresbericht 2012 gem. § 3 des Frauenförderplanes

Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung vom 04.12.2013

- 5.7. 13/0337 Einführung des Ganztagsbetriebs an der Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen der Stadt Sankt Augustin, Gutenberg-schule, zum Schuljahr 2014/15

Kultur-, Sport- und Freizeitausschuss vom 10.12.2013

- 5.8. 13/0355 Änderung der Satzung über die Erhebung der Gebühren für den Besuch der Musikschule der Stadt Sankt Augustin

Rechnungsprüfungsausschuss vom 03.12.2013

- 5.9. 13/0338 Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2012 sowie Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung des Bürgermeisters

6. 13/0310 Ernennung zu Ehrenbeamten auf Zeit als stellvertretende Leiter der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Sankt Augustin

7. 13/0325 Verkaufsoffene Sonntage 2014; Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung

8. 13/0334 Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel für das Produkt 06-03-02 Leistungen für Kinder, Jugendliche und junge Menschen

- 8.1. 13/0365 Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel für das Produkt 04-04-01 Musikschule

9. 13/0318 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 516 'Bonner Straße; Bereitstellung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen
- 9.1. 13/0372 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 107 'Zentrum'; Einleitung des ergänzenden Verfahrens nach § 214 Abs. 4 BauGB
Beschlussempfehlung Haupt- und Finanzausschuss vom 11.12.2013
10. 13/0344 Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes nebst Anlagen für die Jahre 2014 und 2015 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2014 bis 2022
- 10.1.1. 13/0367 Rekommunalisierung der Energieversorgung zur Verbesserung der städtischen Einnahmen
SPD-Fraktion
- 10.1.2. 13/0369 Entwicklung von Alternativen zum Erhalt der Sportstätten der Stadt
SPD-Fraktion
- 10.1.3. 13/0370 Haushaltsklarheiten und -wahrheiten - Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses
SPD-Fraktion
11. Anträge der Fraktionen
12. Anfragen und Mitteilungen
- 12.1. Anfragen
- 12.2. Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung
2. Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der nicht öffentlichen Sitzung vom 16.10.2013
3. Bericht über den Stand der Ausführung der in der nicht öffentlichen Sitzung am 10.07.2013 gefassten Beschlüsse
4. 13/0347 Sanierung Sportzentrum Menden; Vergabe der Planungsleistungen TGA Elektrotechnik
5. 13/0349 Sanierung Turnhalle Schützenweg; Vergabe der Planungsleistungen TGA Heizung, Lüftung, Sanitär und Elektro
6. 13/0350 Neubau Feuerwehr Buisdorf; Auftragserweiterung Rohbauarbeiten
7. 13/0352 Hauptschule Menden - Fassadensanierung; Auftragsvergabe Rohbauarbeiten
8. 13/0351 Gasbezug aller städtischen Liegenschaften
9. 13/0360 Lieferung einer Aufbaukehrmaschine - Auftragsvergabe
10. Anträge der Fraktionen
11. Anfragen und Mitteilungen
 - 11.1. Anfragen
 - 11.2. Mitteilungen

Vor Beginn der Ratssitzung wurde für das verstorbene, ehemalige Ratsmitglied, Herr Udo Bihn, eine Schweigeminute eingelegt.

Top	DS-Nr.	Beratungsgegenstand	Dienststelle
-----	--------	---------------------	--------------

Öffentlicher Teil:

1		Feststellung der Beschlussfähigkeit, der rechtzeitigen und formgerechten Einladung, der fehlenden Mitglieder sowie Anträge zur Tagesordnung	
---	--	--	--

Der Bürgermeister stellte die Beschlussfähigkeit, die rechtzeitige und formgerechte Einladung sowie die fehlenden Mitglieder fest.

Anträge zur Tagesordnung:

Auf Vorschlag des Bürgermeisters herrschte Einvernehmen darüber, dass die Tischvorlage **DS-Nr. 13/0372 „Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 107 „Zentrum“; Einleitung des ergänzenden Verfahrens nach § 214 Abs. 4 BauGB“** als TOP 9.1 behandelt wird.

Gleichzeitig wies er auf den Nachtrag zur Tagesordnung vom 03.12.2013 hin, der als TOP 8.1 behandelt wird.

Ferner teilte er mit, dass der TOP 5.3.1 zusammen mit dem TOP 10 behandelt wird.

Der TOP 6 wird vorgezogen und direkt im Anschluss an TOP 3 behandelt.

Abschließend verwies der Bürgermeister auf die als Tischvorlagen verteilten Protokollauszüge zu den TOPs 5.7, 5.8 und 5.9 und die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration vom 20.11.2013.

Protokollhinweis:

Die Protokollierung erfolgt in der ausgedruckten Reihenfolge der Tagesordnung.

2		Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 16.10.2013	
---	--	---	--

Der Rat nahm die Niederschrift zur Kenntnis. Einwendungen wurden nicht erhoben.

3		Bericht über den Stand der Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 10.07.2013 gefassten Beschlüsse	
----------	--	---	--

Der Rat nahm den Bericht zur Kenntnis.

4		Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen	
----------	--	---	--

4.1	13/0313	Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Ausgabe gem. § 83 Abs. 2 GO NRW; hier: laufende Instandhaltung Gebäude und bauliche Anlagen	FD 5/20 Bericht bis 31.01.2014
------------	----------------	--	---

Ohne Aussprache fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss:

Im Wege der Dringlichkeit wird gem. § 60 Abs. 2 GO NRW entschieden, bei folgenden Kostenträgern auf dem Sachkonto 521110 (Laufende Instandhaltung Gebäude und bauliche Anlagen) Mittel in nachstehend genannter Höhe überplanmäßig bereitzustellen:

	Kostenträger	Überplanmäßige Mittel
	03-02-01 Grundschulen	25.800 €
	03-05-01 Gymnasien	96.800 €
	06-01-01 Kindertageseinrichtungen	77.400 €
	Insgesamt:	200.000 €

einstimmig

5		Bestätigung von Beschlussempfehlungen der Ausschüsse	
----------	--	---	--

Haupt- und Finanzausschuss vom 27.11.2013

5.1	13/0304	Änderung des Stellenplanes	FB 0 Bericht bis 31.01.2014
------------	----------------	-----------------------------------	--

Ohne Aussprache fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin den Stellenplan 2013 wie folgt zu ändern:

1. Einrichtung einer Stelle

Fachbereich Kinder, Jugend und Schule; 3.05.30 Schulverwaltung/Verwaltung der Jugendhilfe

Arbeitsplatznummer	Bezeichnung	Stellenplanausweisung	Produkt
05.30/54	Sachbearbeiter/in	A 11 (20,5 Stunden)	06-03-01

2. Wandlung einer Stelle

Fachbereich Ordnung; 3.01.30 Bürgerservice

Arbeitsplatznummer	Bezeichnung	derzeitige Stellenplanausweisung	künftige Stellenplanausweisung
01.30/13	Sachbearbeiter/in	EG 10	A 11

einstimmig

5.2	13/0317	3. Änderung der Straßenreinigungssatzung und Änderung des Straßenreinigungsverzeichnisses zum 01.01.2014	FB 7 Bericht bis 31.01.2014
------------	----------------	---	--

Ohne Aussprache fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die 3. Änderung der Straßenreinigungssatzung der Stadt Sankt Augustin aufgrund Ergänzung des Straßenreinigungsverzeichnisses und der Neufestsetzung der Straßenreinigungsgebühren wie folgt:

1.) Die Anlage zu § 2 Abs. 1 (Straßenreinigungsverzeichnis) wird wie folgt geändert:

Straßenreinigungsverzeichnis gem. § 2 Abs. 1

Zeichenerklärung:

Bi = Birlinghoven, **Bu** = Buisdorf, **H** = Hangelar, **Me** = Menden, **Mei** = Meindorf,
Mü = Mülldorf, **N** = Niederpleis, **O** = Ort

üs = überörtliche Straßen; **iS** = innerörtliche Straßen; **A** = Anliegerstraßen

U = nur ungerade Hausnummern, G = nur gerade Hausnummern

Straßen ohne Reinigungs- und Übertragungsmerkmale sind z.Z. noch nicht endausgebaut. Die Reinigungspflicht ergibt sich erst, wenn die Aussagen des § 1 der Satzung erfüllt sind.

Straßenbezeichnung	Ortsteil	Kategorie	Anzahl der wöchentl. Reinigung	Übertragung der Reinigungspflicht auf die Eigentümer	
				Fahrbahn	Gehwege
Krokusweg	Mül	A	1 x	X	X
Bernsteinstraße	Bui	A	1 x	X	X
Pleistalstraße , Stichweg von Pleistalstr. bis Ausbauende an der Niederpleiser Mühle	Npl	A	1 x		X

2.) § 6 Abs. 8 (neue Fassung)

Bei einer einmaligen wöchentlichen Reinigung der Fahrbahn beträgt die Benutzungsgebühr jährlich je Meter Grundstücksseite (Absätze 1- 7), wenn das Grundstück erschlossen wird durch eine Straße, die überwiegend

- a) dem Anliegerverkehr dient, **2,94 Euro,**
- b) dem innerörtlichen Verkehr dient, **1,635 Euro,**
- c) dem überörtlichen Verkehr dient, **1,47 Euro.**

Wird mehrmals wöchentlich gereinigt, vervielfacht sich die Benutzungsgebühr entsprechend.

3.) Inkrafttreten

Die 3. Änderung der Straßenreinigungssatzung tritt zum 01.01.2014 in Kraft.

einstimmig

5.3	13/0320	Änderung der Friedhofsgebührensatzung	FB 1 Bericht bis 31.01.2014
------------	----------------	--	--

Ohne Aussprache fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt, die dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügte Satzung zur 2. Änderung der Satzung der Stadt Sankt Augustin über die Erhebung der Friedhofsgebühren (Friedhofsgebührensatzung).“

einstimmig

Haupt- und Finanzausschuss vom 11.12.2013

5.3.1	13/0359	Haushaltssicherungskonzept 2014 – 2022; Resolution zum Runderlass „Kredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte der Gemeinden (GV)“ des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen. CDU-Fraktion	FB 2 Bericht bis 31.01.2014
-------	---------	---	--------------------------------

Die Protokollierung erfolgte unter TOP 10.

Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss vom 19.11.2013

5.4	13/0296	1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 809 'An der Kleinbahn': Änderung Geltungsbereich, Zustimmung zum Vorentwurf und Beschluss der frühzeitigen Beteiligung	FD 6/10 Bericht bis 31.01.2014
-----	---------	---	-----------------------------------

Ohne Aussprache fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 809 „An der Kleinbahn“ entsprechend dem Geltungsbereichsplan in Anlage 1 zu ändern.
2. Der Rat der Stadt Sankt Augustin stimmt dem vorliegenden Vorentwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 809 „An der Kleinbahn“ (Anlagen 1 bis 5) zu.
3. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt, für den vorliegenden Vorentwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 809 „An der Kleinbahn“ (Anlagen 1 bis 5) einschließlich der Fachplanungen und -gutachten (Anlagen 6 bis 9), die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

zu 1): einstimmig

zu 2): einstimmig

zu 3): einstimmig

Ausschuss für Familie, Soziales, Gleichstellung und Integration vom 20.11.2013

5.5	13/0301	Bestellung eines ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten	FB 4 Bericht bis 31.01.2014
------------	----------------	--	--

Ohne Aussprache fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss:

„Nach § 2 Absatz 1 der Satzung der Stadt Sankt Augustin über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen bestellt der Rat der Stadt Sankt Augustin Herrn Horst Ritter mit Wirkung vom 01.01.2014 für die verbleibende Dauer der Wahlperiode des am 30.08.2009 gewählten Rates zum ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten als Nachfolger der zum 31.12.2013 zurückgetretenen ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten, Frau Gisela Albrecht.“

einstimmig

5.6	13/0274	Jahresbericht 2012 gem. § 3 des Frauenförderplanes	GL Bericht bis 31.01.2014
------------	----------------	---	--

Ohne Aussprache fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss:

„Der Rat nimmt den in der Anlage beigefügten Bericht nach § 3 Frauenförderplan zur Kenntnis.“

zur Kenntnis genommen

Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung vom 04.12.2013

5.7	13/0337	Einführung des Ganztagsbetriebs an der Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen der Stadt Sankt Augustin, Gutenbergschule, zum Schuljahr 2014/15	FB 5 Bericht bis 31.01.2014
------------	----------------	--	--

Ohne Aussprache fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss:

„Die Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen der Stadt Sankt Augustin, Gutenbergschule, plant zum Schuljahr 2014/15 aufbauend ab der 7. Jahrgangsstufe den gebundenen Ganztagsbetrieb einzuführen. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Antrag auf Genehmigung des Ganztagsbetriebs gem. § 81 (3) i. V. m. § 9 (1) Schulgesetz NRW bei der oberen Schulaufsichtsbehörde zu stellen.“

einstimmig

Kultur-, Sport- und Freizeitausschuss vom 10.12.2013

5.8	13/0355	Änderung der Satzung über die Erhebung der Gebühren für den Besuch der Musikschule der Stadt Sankt Augustin	FB 3 Bericht bis 31.01.2014
------------	----------------	--	--

Ohne Aussprache fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die Änderung des § 7 zur Fälligkeit und Zahlung der Gebühren und des § 8 zum Inkrafttreten der Satzungsänderung mit Wirkung zum 1. Januar 2014.“

einstimmig

Rechnungsprüfungsausschuss vom 03.12.2013

5.9	13/0338	Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2012 sowie Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung des Bürgermeisters	RPA Bericht bis 31.01.2014
------------	----------------	--	---

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses Herr Dieckmann dankte dem Rechnungsprüfungsamt und der Kämmererei für die geleistete Arbeit, insbesondere der Vor- und Aufbereitung der einzelnen Berichte. Daher sollte der nun eingeschlagene Weg so beibehalten werden.

Dann fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgende Beschlüsse:

1. Der Rat stellt nach § 96 Abs. 1 GO NRW den geprüften Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2012 mit einer Bilanzsumme zum 31.12.2012 von 610.906.126,24 € und einem Jahresfehlbetrag von 12.951.647,56 € fest.
2. Der in 2012 ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von 12.951.647,56 € wird mit der allgemeinen Rücklage verrechnet.
3. Der Bürgermeister wird nach § 96 Abs. 1 GO NRW für das Haushaltsjahr 2012 entlastet.

zu 1.: einstimmig

zu 2.: einstimmig

zu 3.: einstimmig

6	13/0310	Ernennung zu Ehrenbeamten auf Zeit als stellvertretende Leiter der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Sankt Augustin	FB 1 Bericht bis 31.01.2014
----------	----------------	---	--

Ohne Aussprache fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgende Beschlüsse:

1. Herr Stadtbrandinspektor Herbert Maur wird für die Dauer von sechs Jahren zum stellvertretenden Leiter der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Sankt Augustin bestellt.
2. Der stellvertretende Leiter der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Sankt Augustin, Herr Stadtbrandinspektor Herbert Maur, wird zum Ehrenbeamten auf Zeit ernannt.
3. Herr Stadtbrandinspektor Andreas Wielpütz wird für die Dauer von sechs Jahren zum stellvertretenden Leiter der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Sankt Augustin bestellt.
4. Der stellvertretende Leiter der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Sankt Augustin, Herr Stadtbrandinspektor Andreas Wielpütz, wird zum Ehrenbeamten auf Zeit ernannt.

einstimmig

Protokollnotiz:

Frau Feld-Wiehlpütz nahm an der Abstimmung zu 3. und 4. nicht teil.

7	13/0325	Verkaufsoffene Sonntage 2014; Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung	FB 1 Bericht bis 31.01.2014
----------	----------------	---	--

Ohne Aussprache fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin trifft gemäß § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchstabe f GO NRW i. V. m. § 6 Abs. 1 und 4 LÖG NRW und § 27 OBG folgende Entscheidung:

„Es wird die in der Anlage zu dieser Vorlage beigefügte Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in Sankt Augustin im Jahr 2014 erlassen.“

einstimmig

8	13/0334	Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel für das Produkt 06-03-02 Leistungen für Kinder, Jugendliche und junge Menschen	FB 5 Bericht bis 31.01.2014
----------	----------------	--	--

Ohne Aussprache fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt, bei dem Produkt 06-03-02 - Leistungen für Kinder, Jugendliche und junge Menschen - einen überplanmäßigen Aufwand und eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von insgesamt 1.320.000 € gem. § 83 GO NRW bereitzustellen.

Der überplanmäßige Aufwand und die überplanmäßige Auszahlung gliedern sich auf die nachfolgend genannten Sachkonten wie folgt auf:

Sachkonto	Ansatz 2013	Überplanmäßiger Aufwand/Auszahlung in
533100 Ambulante Hilfen	1.400.000 €	300.000 €
533200 Stationäre Hilfen	7.100.000 €	870.000 €
523204 Erstattungen an andere Jugendhilfeträger	663.000 €	150.000. €

Die Mehraufwendungen und Mehrausgaben sind gedeckt durch Minderaufwand und Minderauszahlungen bzw. durch Mehrerträge und Mehreinnahmen in folgenden Bereichen:

Produkt	Sachkonto	Minderaufwand/ Minderausgaben	Mehrertrag/ Mehreinnahme
06-02-02 Offene Kinder- u. Jugendarbeit	522 150 Unterhaltung Spiel- plätze	30.000 €	
06-01-01 Kindertageseinrich- tungen	432151 Elternbeiträge		370.000 €
10-01-01 Bauordnung	431100 Verwaltungsgebühren		920.000 €

einstimmig

8.1	13/0365	Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel für das Produkt 04-04-01 Musikschule	FB 3 Bericht bis 31.01.2014
------------	----------------	--	--

Ohne Aussprache fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt, bei dem Produkt 04-04-01 – Musikschule – einen überplanmäßigen Aufwand und eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von insgesamt 43.150,00 Euro gem. § 83 GO NW bereitzustellen.

Der überplanmäßige Aufwand und die überplanmäßige Auszahlung beziehen sich auf das Sachkonto 501920 – Personalaufwand für sonstige Beschäftigte.

Die Mehraufwendungen und Mehrausgaben werden gedeckt durch Minderaufwand und Minderauszahlungen in folgenden Bereichen:

Produkt	Sachkonto	Minderaufwand / Minderausgaben
04-04-01	501210 Personalaufwand tariflich Beschäftigter	33.270,00 €
04-04-01	502200 Beiträge an Versorgungskassen tariflich Beschäftigter	2.810,00 €
04-04-01	503210 Beiträge zur gesetzl. Sozialvers. tariflich Beschäftigter	6.770,00 €
04-04-01	528190 Sonstige Sachleistungen	300,00 €

einstimmig

9	13/0318	2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 516 'Bonner Straße; Bereitstellung von überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen	FD 6/10 Bericht bis 31.01.2014
----------	----------------	---	---

Nachdem Herr Metz erklärte hatte, dass seine Fraktion in diesem Fall mit Nein stimmen werde, da aus ihrer Sicht der Investor die Kosten für dieses Gutachten tragen sollte, fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt, überplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 28.560,00 € (Aufwand und Auszahlung) bei Sachkonto 529130 (externe Planungskosten), Produkt 09-01-01 Städtebauliche Planung und Entwicklung bereitzustellen. Die Deckung erfolgt aus Mehrerträgen beim Produkt 16-01-01 Steuern und Abgaben, Sachkonto 456202 Verzinsung Gewerbesteuer.

42 Ja-Stimmen

5 Neinstimmen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

1 Enthaltung

9.1	13/0372	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 107 'Zentrum'; Einleitung des ergänzenden Verfahrens nach § 214 Abs. 4 BauGB	FD 6/10 Bericht bis 31.01.2014
------------	----------------	---	---

Auf Nachfrage von Herrn Metz führte Herr Gleß aus, dass der derzeitige Bebauungsplan seine Gültigkeit behält, bis der neue Bebauungsplan in Kraft tritt. Ebenso behält die erteilte Baugenehmigung ihre Gültigkeit.

Auf Nachfrage von Herrn Piéla führte Herr Gleß aus, dass die Offenlegung im Januar 2014 erfolgt. Nach Abschluss der Offenlegung und Auswertung eventuell eingegangener Anregungen und Bedenken wird dem Rat so schnell wie möglich dieser Bebauungsplan erneut zum Satzungsbeschluss vorgelegt werden.

Dann fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgende Beschlüsse:

1. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt, für den vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 107 „Zentrum“ ein ergänzendes Verfahren nach § 214 Abs. 4 BauGB einzuleiten.
2. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beauftragt die Verwaltung, die Auslegung des Entwurfs des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 107 „Zentrum“ erneut öffentlich bekannt zu machen.
3. Der Rat der Stadt Sankt Augustin beauftragt die Verwaltung, den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 107 „Zentrum“ – Stand 18.09.2013 – einschließlich der textlichen Festsetzungen, des Vorhaben- und Erschließungsplans, der Begründung, des Umweltberichts sowie der umweltrelevanten Gutachten und Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

einstimmig

5 Enthaltung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Beschlussempfehlung Haupt- und Finanzausschuss vom
11.12.2013**

10	13/0344	Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes nebst Anlagen für die Jahre 2014 und 2015 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2014 bis 2022	FB 2 Bericht bis 31.01.2014
-----------	----------------	---	--

Fortsetzung der Haushaltsberatungen

Der Bürgermeister wies auf die soeben verteilte Tischvorlage hin, aus der die in der vorangegangenen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses beschlossenen Empfehlungen zum Haushalt 2014/2015 ersichtlich sind.

Herr Metz teilte mit, dass seine Fraktion die lfd. Nr. 7, 8, 9, 10 und 14 aus der noch zu beratenden Zusammenstellung aller Anträge zurückzieht.

Dann rief der Bürgermeister zunächst den TOP 5.3.1, DS-Nr. 13/0359, auf. Er teilte mit, dass der Haupt- und Finanzausschuss diese Beschlussempfehlung einstimmig gefasst habe.

Ohne weitere Aussprache fasste der Rat folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin fordert das Ministerium für Inneres und Kommunales auf, die feste Stichtagsregelung zum 31.12.2010 für die verschiedenen Umschuldungsmöglichkeiten für Kredite zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) gemäß Erlass SMBl NRW 652 (Kredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte der Gemeinden (GV) in eine fortschreitende Stichtagsregelung – z.B. in „zum 31.12. des vorvergangenen Jahres“ – zu ändern und informiert auch den nordrhein-westfälischen Landtag über diese Forderung inkl. Begründung“.

einstimmig

Dann wurde die Beratung der eingereichten Anträge fortgesetzt.

Lfd. Nr. 6

Produkt 03-02-01, Seite 544, Teil 1

Entwurf Doppelhaushalt 2014/2015; Realisierung zur Verbesserung der Raumsituation für die Verpflegungsbereitstellung an den Schulstandorten im Primarbereich Mülldorf (KGS Sankt Martin), Niederpleis (GGS Am Pleiser Wald) und Menden (GGS Max und Moritz);Bereitstellung dazu erforderlicher Haushaltsmittel im Doppelhaushalt 2014/2015 und priorisierte Aufnahme der Infrastrukturmaßnahmen in den Projektstrukturplan der Stadt Sankt Augustin

Gemeinsamer Antrag der CDU- und FDP-Fraktion, DS-Nr. 13/0345

Herr Knülle führte aus, dass im Verlaufe der Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss seitens der Verwaltung vorgeschlagen worden sei, diese Maßnahmen bei den entsprechenden operativen Zielen und Kennzahlen im Haushaltsplan 2014/2015 aufzunehmen, da noch keine Zahlen bezüglich der einzustellenden Haushaltsmittel vorliegen.

Herr Metz wiederholte nochmals seine Ausführungen aus dem Haupt- und Finanzausschuss, wonach Punkt 2 dieses Antrages zurückgezogen werden müsste, da, wie schon erwähnt, keine Zahlen bezüglich der einzustellenden Haushaltsmittel vorliegen würden.

Herr Köhler wiederholte daraufhin seinen Vorschlag aus dem Haupt- und Finanzausschuss, den Punkt 1 dieses Antrages wie folgt zu ändern:

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beauftragt die Verwaltung, zur Verbesserung der Raumsituation für die Verpflegungsbereitstellung an den Schulstandorten im Primarbereich Mülldorf (KGS Sankt Martin), Niederpleis (GGS Am Pleiser Wald) und Menden (GGS Max und Moritz) die erforderlichen Haushaltsmittel zu konkretisieren.“

Weiter führte Herr Köhler aus, dass damit die Punkte 2, 3 und 4 dieses Antrages nicht mehr relevant seien und daher auch nicht beschlossen werden müssten.

Frau Bergmann-Gries führte u.a. aus, dass bei allen Fraktionen Einvernehmen darüber bestehe, dass diese Maßnahmen unbedingt erforderlich sind. Sie unterbreite daher den Vorschlag, dass, wenn die Zahlen vorliegen würden, in den Fachausschüssen darüber beraten werden soll, welche andere Maßnahmen im Projektstrukturplan entsprechend verschoben werden sollten.

Herr Rupp führte aus, dass zum heutigen Zeitpunkt keine Mittel eingestellt werden können, da noch keine Kostenschätzung vorliegt. Die Verwaltung benötige aber einen Be-

schluss, dass diese Maßnahmen bei den strategischen Zielen und Kennzahlen im Haushaltsplan aufgenommen werden sollen.

Herr Schell machte daraufhin den Vorschlag, den Punkt 2 des Antrages wie folgt zu ändern:

„sobald die Kosten für die Infrastrukturplanungen vorliegen, erfolgt eine entsprechende Vorlage durch die Verwaltung an den Rat bzw. Haupt- und Finanzausschuss.“

Im Verlauf der weiteren Beratung unterbreitete Herr Knülle den Vorschlag, dass folgender Beschluss gefasst werden sollte:

„Die Verwaltung wird beauftragt, bei dem Produkt 03-02-01 (Grundschulen) - hier: operative Ziele – für die Verbesserung der Raumsituation für die Verpflegungsbereitstellung an den Schulstandorten im Primarbereich Mülldorf , Niederpleis und Menden die erforderlichen Haushaltsmittel zu erarbeiten und priorisiert diese Maßnahmen im Projektstrukturplan.“

Herr Piéla führte u.a. aus, da auch in der Gutenberg-Schule der Ganztagsbetrieb aufgenommen werden soll, dass auch hier sich diese Thematik demnächst stellen würde und bat darum, dass dies bei den erforderlichen Überlegungen ebenfalls mit „im Auge“ behalten werden soll.

Herr Metz führte daraufhin zum vorliegenden Antrag folgendes aus:

zu Punkt 1: dem können man so zustimmen;

zu Punkt 2: hier soll der Änderungsvorschlag von Herrn Schell eingefügt werden;

zu Punkt 3: wenn dies so beschlossen werden sollte, dann müsste noch eingefügt werden, dass sich bezüglich der Mittelbereitstellung der Rat (Nachtragshaushalt) erneut hiermit befasst;

zu Punkt 4: hier sollte noch eingefügt werden „...und im Bedarfsfall nach Beratung im Fachausschuss dafür andere Infrastrukturmaßnahmen....“

Zusätzlich soll dies noch bei den strategischen Zielen im Haushaltsplan mitaufgeführt werden.

Ohne weitere Aussprache fasste der Rat folgenden Beschluss:

„Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Raumsituation für die Verpflegungsbereitstellung an den Schulstandorten im Primarbereich Mülldorf (KGS Sankt Martin), Niederpleis (GGs Am Pleiser Wald) und Menden (GGs Max und Moritz) zu verbessern und hierzu:

1. mit den dazu erforderlichen Infrastrukturplanungen in der oben genannten Reihenfolge zügig zu beginnen und die für die Realisierung erforderlichen Haushaltsmittel im Rahmen der Infrastrukturplanungen zu konkretisieren;
2. die für die Infrastrukturplanungen erforderlichen Planungsaufwendungen unmittelbar nach Feststellung dem entsprechenden Gremium zur Beschlussfassung vorzulegen;
3. in den Doppelhaushalt 2014/2015 einen Haushaltsvermerk im Produkt 03-02-01 (Grundschulen) einzufügen, der festschreibt, dass hinsichtlich der im Rahmen der Infrastrukturplanungen konkretisierten und somit erforderlichen Haushaltsmittel für die Realisierung der Verbesserung der Raumsituation seitens der Verwaltung

4. ein Finanzierungsvorschlag für das Haushaltsjahr 2015 vorgelegt wird;
die Planungen und Realisierungen dieser Infrastrukturmaßnahmen mit hoher Priorität in den Projektstrukturplan aufzunehmen und im Bedarfsfall nach Beratung im Fachausschuss dafür andere Infrastrukturmaßnahmen aus dem Projektstrukturplan neu zu priorisieren und
5. dieser Beschluss wird entsprechend bei den operativen Zielen im Haushaltsplan festgeschrieben.“

einstimmig

Protokollnotiz:

Bezüglich der Mittelbereitstellung und der Änderung im Projektstrukturplan sind weitere Beratungen in den Fachausschüssen bzw. im Rat erforderlich.

Lfd. Nr. 7

Produkt 04-01-01, Seite 664, Teil 1

Das Kulturprogramm wird neu organisiert und gestrafft. Ab 2015 werden die Aufwendungen in Zeile 13 sowie korrespondierend die Einnahmen in Zeile 5 um 20% gekürzt (jährliche Einsparung ca. 17.000 Euro)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dieser Antrag wurde zurückgezogen.

Lfd. Nr. 8

Produkt 04-02-01, Seite 676, Teil 1

Pauschale Kürzung Zuschüsse Martinszüge um 2.000 Euro ab 2015

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dieser Antrag wurde zurückgezogen.

Lfd. Nr. 9

Produkt 05-02-04, Seite 92, Teil 2

Kürzung des Zuschusses zu Altenfesten um 5.000 Euro ab 2014

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dieser Antrag wurde zurückgezogen.

Lfd. Nr. 10

Produkt 05-03-01, Seite 106, Teil 2

Streichung des Zuschusses „Hoffnung für das Leben“ in Höhe von jährlich 1.000 Euro ab 2014

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN;

Dieser Antrag wurde zurückgezogen.

Lfd. Nr. 11

Produktbereich 8, Seite 269 – 304, Teil 2

Entwicklung von Alternativen zum Erhalt der Sportstätten der Stadt

Antrag der SPD-Fraktion, DS-Nr. 13/0369

Herr Knülle schlug vor, diesen Antrag in den Fachausschuss Kultur, Sport und Freizeit zu verweisen.

Hierüber herrschte Einvernehmen im Rat.

Lfd. Nr. 12

Produkt 11-01-01, 11-01-02, 11-01-03, Seite 395 – 423, Teil 2

Rekommunalisierung der Energieversorgung zur Verbesserung der städtischen Einnahmen

Antrag der SPD-Fraktion, DS-Nr. 13/0367

Zunächst begründete Herr Knülle den Antrag. Er führte hierzu u.a. aus, dass es aus seiner Sicht erforderlich sei, dass zügig ein entsprechender Zeitplan für die erforderlichen Beratungen und Entscheidungen zur Rekommunalisierung der Energieversorgung auf dem Stadtgebiet und damit der erforderlichen Einrichtung eigener Stadtwerk erarbeitet werden muss. Hierdurch sollen neue Einnahmequellen für die Stadt erschlossen werden.

Herr Schell führte hierzu u.a. aus, dass die Stadt sehr wohl Einnahmen aus diesem Bereich erhält. Des Weiteren sind schon diesbezüglich entsprechende Beschlüsse gefasst worden. Die CDU-Fraktion werde daher diesem Antrag nicht zustimmen.

Frau Jung führte hierzu u.a. aus, dass zu dieser Thematik noch mehr Informationen erforderlich seien. Sie schlug daher vor, dass hier ein sogenannter „Runder Tisch“ einberufen werden sollte, an den alle Vertreter aus Politik und der Energieversorgung (EVG, Rhenag etc.) teilnehmen sollten. Gleichzeitig verwies sie darauf, dass der Rhein-Sieg-Kreis den Ankauf von Rhenag-Aktien vertagt habe. Abschließend schlug sie vor, diesen Antrag ins nächste Jahr zu vertagen, um, wie angesprochen, alle notwendigen Informationen im Vorfeld der weiteren Beratungen einholen zu können.

Herr Metz führte hierzu u.a. aus, dass sich der Rat und die entsprechenden Fachausschüsse schon seit Jahren mit dieser Thematik befassen würden. Seine Fraktion stehe weiterhin zu dem Projekt EVG. Dem Antrag, dass ein entsprechender Zeitplan erstellt werden soll, könne seine Fraktion so zustimmen.

In der weiteren Aussprache machten Herr Waldärtl für die SPD-Fraktion und Frau Schmidt für die Fraktion Aufbruch deutlich, warum aus ihrer Sicht es unbedingt erforderlich sei, einen entsprechenden Zeitplan zügig aufzustellen. Frau Schmidt führte weiterhin aus, dass ihre Fraktion daher diesem Antrag zustimmen werde.

Dann wurde über diesen Antrag wie folgt abgestimmt:

21 Ja-Stimmen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Aufbruch)

27 Nein-Stimmen (CDU, FDP, Volksabstimmung)

Somit ist dieser Antrag abgelehnt.

Lfd. Nr. 13

Produkt 12-02-01 / Invest.-Nr. 07-00104, Seite 480, Teil 2

Der Pauschalansatz „Erweiterung Straßenbeleuchtung“ wird ab 2017 komplett gestri-

chen (Einsparung jährlich 11.000 Euro)
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zunächst begründete Herr Metz den Antrag.

Frau Jung und Herr Schell führten jeweils aus, dass dieser Ansatz bestehen bleiben soll und dass ihre Fraktionen diesem Antrag nicht zustimmen werden.

Herr Köhler führte aus, dass seine Fraktion diesem Antrag zustimmen werde.

Dann wurde über diesen Antrag wie folgt abgestimmt:

21 Ja-Stimmen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Aufbruch)

27 Nein-Stimmen (CDU, SPD, FDP, Volksabstimmung)

Somit ist dieser Antrag abgelehnt.

Lfd. Nr. 14

Produkt 15-01-01, Seite 604, Teil 2

Das Projekt „Mittelstandsorientierte Verwaltung“ wird nicht umgesetzt. Einsparung 5.000 Euro in 2014 (Zeilen 13 und 16) und ab 2015 jährlich 2.000 Euro

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dieser Antrag wurde zurückgezogen.

Lfd. Nr. 15

Produkte: verschiedene

Haushaltsklarheiten und –wahrheiten – Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses

Antrag der SPD-Fraktion, DS-Nr. 13/0370

Herr Knülle führte hierzu aus, dass es für die zukünftigen Haushaltsberatungen sinnvoll sei, wenn es deutlicher als bisher ersichtlich würde, für welche Maßnahmen Fördermittel beantragt werden können bzw. zur Verfügung stehen würden. Wenn die Verwaltung diesem Anliegen zustimmen würde, so wäre dieser Antrag als erledigt zu betrachten.

Der Bürgermeister führte daraufhin aus, dass dies seitens der Verwaltung in Zukunft erfolgen werde, indem seitens der Fachverwaltung eine entsprechende Aufstellung für die dann zu führenden Haushaltsberatungen erstellt werde. Dies könne jedoch im eigentlichen Haushaltsplan nicht so erwünscht dargestellt werden. Hierzu sollen dann aber entsprechende Aufstellungen bzw. Listen für die Beratungen erstellt werden.

Herr Knülle erklärte sich mit dieser Verfahrensweise einverstanden.

Somit ist dieser Antrag als erledigt anzusehen.

Dann schloss der Bürgermeister die Haushaltsberatungen. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit unterbreitete der Bürgermeister den Vorschlag, dass sich die Fraktionsvorsitzenden in der nun folgenden Sitzungspause absprechen sollten, ob die jeweiligen Haushaltsreden gehalten oder direkt dem Protokoll beigefügt werden sollten.

Dann verlas der Bürgermeister folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Stadt Sankt Augustin für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 mit den dazu gehörenden Anlagen sowie das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2014 bis 2022 in der Fassung des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfs unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss am 27.11.2013 und am 11.12.2013 empfohlenen Änderungen sowie die in der heutigen Sitzung (11.12.2013) des Rates beschlossenen Änderungen. Außerdem beschließt der Rat der Stadt Sankt Augustin den Stellenplan für die Jahre 2014/2015 in der Fassung des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfs unter Berücksichtigung der vom Rat am 16.10.2013 beschlossenen sowie die in der heutigen Sitzung (11.12.2013) des Rates beschlossenen Änderungen.“

Ohne weitere Aussprache fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Sankt Augustin beschließt die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan der Stadt Sankt Augustin für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 mit den dazu gehörenden Anlagen sowie das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2014 bis 2022 in der Fassung des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfs unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss am 27.11.2013 und am 11.12.2013 empfohlenen Änderungen sowie die in der heutigen Sitzung (11.12.2013) des Rates beschlossenen Änderungen. Außerdem beschließt der Rat der Stadt Sankt Augustin den Stellenplan für die Jahre 2014/2015 in der Fassung des von der Verwaltung vorgelegten Entwurfs unter Berücksichtigung der vom Rat am 16.10.2013 beschlossenen sowie die in der heutigen Sitzung (11.12.2013) des Rates beschlossenen Änderungen.“

41 Ja-Stimmen (CDU, SPD, FDP, Volksabstimmung)

7 Nein-Stimmen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Aufbruch)

Dann erfolgte eine Sitzungspause.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung teilte der Bürgermeister mit, dass sich die Fraktionsvorsitzenden darauf verständigt haben, die jeweiligen Haushaltsreden nicht zu halten und diese direkt zum Protokoll zu geben. Sobald alle Haushaltsreden vorliegen, werden sie vorab den Fraktionen übermittelt.

10.1.1	13/0367	Rekommunalisierung der Energieversorgung zur Verbesserung der städtischen Einnahmen SPD-Fraktion	FB 2 Bericht bis 31.01.2014
---------------	----------------	---	--

Die Protokollierung erfolgte unter TOP 10.

10.1.2	13/0369	Entwicklung von Alternativen zum Erhalt der Sportstätten der Stadt SPD-Fraktion	FB 3 Bericht bis 31.01.2014
---------------	----------------	--	--

Die Protokollierung erfolgte unter TOP 10.

Die Angelegenheit wurde in den Fachausschuss verwiesen.

10.1.3	13/0370	Haushaltsklarheiten und -wahrheiten - Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses SPD-Fraktion	FB 2, FB 7, FB 9 Bericht bis 31.01.2014
---------------	----------------	--	--

Die Protokollierung erfolgte unter TOP 10.

Die antragstellende Fraktion erklärte den Antrag für erledigt.

11		Anträge der Fraktionen	
-----------	--	-------------------------------	--

Es lagen keine schriftlichen Anträge der Fraktionen vor.

12		Anfragen und Mitteilungen	
-----------	--	----------------------------------	--

12.1		Anfragen	
-------------	--	-----------------	--

Es lagen keine schriftlichen Anfragen der Fraktionen vor.

12.2		Mitteilungen	
-------------	--	---------------------	--

Seitens der Verwaltung erfolgten keine Mitteilungen.

Ende öffentlicher Teil